

Die Bewegung zur Flottmachung des österreichischen Parlaments.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Eine für Sonntag von einigen Universitätsprofessoren, darunter auch vom Herrenhausmitglied Hofrat Professor Dr. Lammach in das Große Konzerthaus einberufene, angeblich auf geladene Gäste beschränkte Versammlung mit der Tagesordnung „Unser Parlament“ wurde von der Polizeidirektion untersagt, weil sie die geplante Versammlung nach Art und Zahl der ergangenen Einladungen nicht als eine auf geladene Gäste beschränkte, sondern als eine allgemein zugängliche Versammlung darstellt und Versammlungen dieser Art gegenwärtig nicht stattfinden dürfen.

Eine vom Deutschdemokratischen Verein in Wien in dasselbe Lokal und für dieselbe Stunde einberufene Versammlung mit derselben Tagesordnung wurde von der Polizei gleichfalls untersagt.

In politischen Kreisen befürchtet man, daß die Absage der Versammlung von den radikalen Parteien bei den am Montag stattfindenden Beratungen beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses ausgenützt werden wird.

Wie Ihr Korrespondent erfährt, steht Graf Stürgkh in dem Schreiben an den Präsidenten Dr. Schvefster, in dem er die Teilnahme der Regierung an den Vertreterberatungen am nächsten Montag ablehnt, auf dem Standpunkt, daß es gegenwärtig kein Parlament gebe und daß das Präsidium in der parlamentlosen Zeit nur die Aufgabe habe, administrative Agenden des Reichsrates zu erledigen. Das Schreiben hebt hervor, daß die Regierung sich bei den Obmännerkonferenzen während der Tagung des jetzt vertagten Parlaments regelmäßig habe vertreten lassen, die jetzigen Beratungen seien aber nicht als Obmännerkonferenz, sondern nur als Vertreterberatungen anzusehen. Die Regierung hat denselben Standpunkt schon bei Beginn des Krieges eingehalten, als sie es ablehnte, das Präsidium des Abgeordnetenhauses als solches zu empfangen, nachdem das Parlament vertagt war.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Anlässlich der an den Obmann des Ukrainischen Klubs Dr. Lewickhij ergangenen Einladung zu der vom Präsidenten Dr. Schvefster einberufenen vertraulichen Konferenz der Parteiführer fand gestern eine Sitzung des Ukrainischen Klubs statt. Aus dem Verlauf der Debatte ergab sich, daß der Klub die Einberufung des Reichsrates und der Delegationen, deren Wahl dem

Reichsrate obliegt, als im Interesse des Prestiges der Monarchie und im Interesse des ukrainischen Volkes gelegen betrachtet.